

Stand: 30.01.2026 13:32:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4685

"Öffentliches Gesundheitswesen EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika - gezielte Bewertung 12.12.2024 - 21.03.2025"

---

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/4685 vom 21.01.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5948 des GP vom 25.03.2025
3. Beschluss des Plenums 19/5984 vom 27.03.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Öffentliches Gesundheitswesen

EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika - gezielte Bewertung

12.12.2024 - 21.03.2025

### Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 19. Sitzung am 21. Januar 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

### Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die Kommission führt zum ersten Mal eine Bewertung der geltenden EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika durch. Bewertet werden die [Verordnung \(EU\) 2017/745 über Medizinprodukte](#) (MP-VO) und die [Verordnung \(EU\) 2017/746 über In-vitro-Diagnostika](#) (IVD-VO), die 2017 verabschiedet wurden und gewährleisten sollen, dass nur sichere und wirksame Produkte auf dem EU-Markt sind. Dadurch sollen die Sicherheit der Patienten und die öffentliche Gesundheit geschützt und gleichzeitig Innovationen gefördert werden.

In Anbetracht des Umfangs der durch die Verordnungen eingeführten Änderungen wurden Übergangsfristen vorgesehen, um eine reibungslose Umstellung auf die neuen Vorschriften sicherzustellen. Diese Übergangsfristen laufen derzeit noch und wurden aufgrund einer Reihe von Herausforderungen über die ursprünglich vorgesehenen Fristen hinaus mehrfach verlängert. Angesichts der erheblichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf die neuen Vorschriften hat die Kommission beschlossen, bereits im Jahr 2024 eine gezielte Bewertung der Verordnungen einzuleiten, obwohl sie nach Artikel 121 MP-VO und Artikel 111 IVD-VO eine Bewertung erst bis Mai 2027 durchführen muss.



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**  
Drs. 19/4685

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Öffentliches Gesundheitswesen  
EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika - gezielte Bewertung**  
12.12.2024 - 21.03.2025

### I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag begrüßt die erstmalige Durchführung einer Bewertung der geltenden EU-Vorschriften über Medizinprodukte (MDR) und In-vitro-Diagnostika (IVDR), die sicherstellen sollen, dass nur sichere und wirksame Produkte auf dem EU-Markt sind. Die Zielsetzung, die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zur erhöhen und ein hohes Schutzniveau für die Gesundheit zu gewährleisten, wird uneingeschränkt geteilt.

Um die Versorgung mit Medizinprodukten in Europa sicherzustellen und den Standort zu stärken, wäre die Zertifizierung von Medizinprodukten in einem vertretbaren Zeitrahmen und mit vertretbaren Kosten zu ermöglichen.

Folgende Verbesserungen werden vorgeschlagen:

1. Erleichterungen für etablierte Produkte mit geringem Risiko und Nischenprodukte mit nachgewiesener Erfolgsbilanz:
  - Vereinfachte Regularien für bewährte Bestandsprodukte mit geringem Risiko, sofern diese durch Benannte Stellen geprüft werden, beispielsweise in Anlehnung an das US-amerikanische Vorbild.
  - Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Zertifikaten für Produkte der Klasse IIb und III von fünf auf zehn Jahre.
  - Anerkennung von Angaben zur Sicherheit und Leistung von Medizinprodukten, die während der Anwendung unter der früheren Medical Device Directive (MDD) gewonnen wurden, für die MDR-Zertifizierung.
  - Konzentration der Rezertifizierung auf neue Aspekte wie z. B. Sicherheitsdaten aus der Marktüberwachung.
2. Dauerhafte Lösungen für „Orphan Devices“, „Orphan Diagnostics“ sowie für Medizinprodukte für Kinder:
  - Sonderregelungen zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung.

- Sowohl die rechtlichen Anforderungen als auch die notwendigen Kosten- und Personalressourcen müssen für die Unternehmen umsetzbar sein.
3. Etablierung eines Fast-Track-Verfahrens für innovative Produkte
  4. Rechtzeitige und vollständig Umsetzung des IT-Systems EUDAMED als integraler Bestandteil der Umsetzung der Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika

Berichterstatter: **Martin Mittag**  
Mitberichterstatterin: **Laura Weber**

### **II. Bericht:**

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren gemäß § 83 d BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat das Konsultationsverfahren in seiner 21. Sitzung am 25.02.2025 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat das Konsultationsverfahren in seiner 22. Sitzung am 18. März 2025 federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 25. Sitzung am 25. März 2025 endberaten und einstimmig empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

**Bernhard Seidenath**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

### **Konsultationsverfahren der Europäischen Union**

#### **Öffentliches Gesundheitswesen**

#### **EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika – gezielte Bewertung**

**12.12.2024 - 21.03.2025**

Drs. 19/4685, 19/5948

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag begrüßt die erstmalige Durchführung einer Bewertung der geltenden EU-Vorschriften über Medizinprodukte (MDR) und In-vitro-Diagnostika (IVDR), die sicherstellen sollen, dass nur sichere und wirksame Produkte auf dem EU-Markt sind. Die Zielsetzung, die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zu erhöhen und ein hohes Schutzniveau für die Gesundheit zu gewährleisten, wird uneingeschränkt geteilt.

Um die Versorgung mit Medizinprodukten in Europa sicherzustellen und den Standort zu stärken, wäre die Zertifizierung von Medizinprodukten in einem vertretbaren Zeitrahmen und mit vertretbaren Kosten zu ermöglichen.

Folgende Verbesserungen werden vorgeschlagen:

1. Erleichterungen für etablierte Produkte mit geringem Risiko und Nischenprodukte mit nachgewiesener Erfolgsbilanz:
  - Vereinfachte Regularien für bewährte Bestandsprodukte mit geringem Risiko, sofern diese durch Benannte Stellen geprüft werden, beispielsweise in Anlehnung an das US-amerikanische Vorbild.
  - Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Zertifikaten für Produkte der Klasse IIb und III von fünf auf zehn-Jahre.
  - Anerkennung von Angaben zur Sicherheit und Leistung von Medizinprodukten, die während der Anwendung unter der früheren Medical Device Directive (MDD) gewonnen wurden, für die MDR-Zertifizierung.
  - Konzentration der Rezertifizierung auf neue Aspekte wie z. B. Sicherheitsdaten aus der Marktüberwachung.
2. Dauerhafte Lösungen für „Orphan Devices“, „Orphan Diagnostics“ sowie für Medizinprodukte für Kinder:
  - Sonderregelungen zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung.
  - Sowohl die rechtlichen Anforderungen als auch die notwendigen Kosten- und Personalressourcen müssen für die Unternehmen umsetzbar sein.

3. Etablierung eines Fast-Track-Verfahrens für innovative Produkte
4. Rechtzeitige und vollständige Umsetzung des IT-Systems EUDAMED als integraler Bestandteil der Umsetzung der Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

**Ilse Aigner**

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der einzelnen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 3 kommen, bitte ich darum, an die Stimmkarten-taschen zu denken, weil bei den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wieder Wahlen durchgeführt werden.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliches Gesundheitswesen  
EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika – gezielte Bewertung  
12.12.2024 - 21.03.2025  
Drs. 19/4685, 19/5948

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5948 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



**Verfassungsstreitigkeiten**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 4-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
1. des Art. 6 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch die §§ 12 und 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) und durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist,  
2. des Art. 1 Abs. 1 Satz 4 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BayImSchG) vom 10. Dezember 2019 (GVBl. S. 686, BayRS 2129-1-1-U), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist  
PII-3001-2-19  
Drs. 19/5877 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Die Klage ist unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 2-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 98 „Dorfstraße“ der Gemeinde Taufkirchen  
PII-3001-2-20  
Drs. 19/5876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 6-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBI. S. 42, BayRS 2122-3-G), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBI S. 632) geändert worden ist  
PII-3001-2-22  
Drs. 19/5878 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 3-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vom 23. Juli 2024 (GVBI. S. 257)  
PII-3001-2-23  
Drs. 19/5880 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

**Anträge**

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Wirtschaftsbooster energetische Sanierung Drs. 19/3878, 19/5193 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Förderung der Solarthermie Drs. 19/3879, 19/5194 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Das Geld ist da – es muss nur aktiviert werden Drs. 19/3880, 19/5195 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Gemeinsam zum Ziel. Alle Expertinnen und Experten an einen Tisch holen. Drs. 19/3881, 19/5817 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Komfort und Sicherheit durch Wärmenetze Drs. 19/3882, 19/5819 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen Drs. 19/3883, 19/5821 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Rechtssicherheit für alle bayerischen Kommunen herstellen. Drs. 19/3884, 19/5822 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Sanierungssprint für Ein- und Zweifamilienhäuser Drs. 19/3885, 19/5823 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD Konzept und Sonderförderprogramm für Trinkwasserbrunnen an Schulen erstellen Drs. 19/4420, 19/5776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU Nachwuchsgewinnung für Bayern: Kooperationen mit Schulen Drs. 19/4566, 19/5775 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross u.a. SPD Bayerns Geothermie-Potenzial endlich heben – Fündigkeitsrisiken absichern Drs. 19/4575, 19/5824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn,  
Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Bayern kann es schaffen: An Klimaziell 2040 festhalten!  
Drs. 19/4677, 19/5802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Förderlehrkräftenachwuchs sichern!  
Drs. 19/4690, 19/5777 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

19. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,  
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Umsetzung der EU-Richtlinie über die Abschöpfung und Einziehung  
von Vermögenswerten: Die Grundrechte der Bürger wahren,  
kein EU-Vermögensregister einführen!  
Drs. 19/4705, 19/5881 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,  
Harald Meußgeier, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Bedrohung bayerischer Schwanzlurcharten durch den  
pathogenen Pilz Batrachochytrium salamandrivorans  
Drs. 19/4714, 19/5801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms „Demokratie leben!“  
Drs. 19/4728, 19/5816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Plattform statt Bürokratie: Aufbau eines digitalen Marktplatzes zur Vernetzung von Startchancen-Schulen mit Partnerinnen und Partnern sowie Expertinnen und Experten  
Drs. 19/4744, 19/5778 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ökostrom für Regionalzüge in Bayern  
Drs. 19/4752, 19/5782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen  
Drs. 19/4803, 19/5800 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Bildung im Wandel: Anhörung zur digitalen Transformation  
im Bildungswesen  
Drs. 19/4804, 19/5779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Ramona Storm, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)  
IT-Fachkräfteversorgung an Bayerns Schulen sicherstellen  
Drs. 19/4823, 19/5780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern –  
Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel  
in die Lernmittelfreiheit aufnehmen  
Drs. 19/4824, 19/5781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib,  
Ruth Müller u.a. SPD  
Finanzielle Situation der bayerischen Landschaftspflegeverbände  
Drs. 19/4974, 19/5122

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

Der Antrag wird für erledigt erklärt.